

Alle sind gefährdet, Rückkehrer besonders



Flüchtlinge im Nordkaukasus

Reinhard Pohl ist
Journalist und
ist in Schleswig-Holstein
engagiert.

Der Nordkaukasus ist „die europäische Region, in der seit Jahren die gravierendsten und umfangreichsten Menschenrechtsverletzungen stattfinden“. Das ist das Fazit von Dick Marty, Sonderberichterstatler der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, in seinem Bericht vom 4. Juni 2010. In den Republiken Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien und inzwischen auch in Kabardino-Balkarien finden „systematische Menschenrechtsverletzungen“ statt.

In den 90er Jahren wurde Tschetschenien durch zwei Unabhängigkeitskriege bekannt, und seitdem leben hier in Deutschland viele Flüchtlinge. Inzwischen hat die russische Zentralregierung eine „tschetschenische Lösung“ für den Konflikt gefunden: Der tschetschenische Präsident Kadyrow wurde ernannt – erst der Vater, nach dessen Ermordung der Sohn –, seine Privatarmee gewährleistet mit Hilfe der verschiedenen Sicherheitsdienste der Republik und der Föderation eine Art Friedhofsruhe, von den Regierungen in Moskau und Grosny gerne „Frieden“ genannt. Seit dem April 2009 ist die „Anti-Terror-Operation“ der Russischen Föderation offiziell beendet.

Der Widerstand ist islamistischer geworden und hat sich unter verschiedenen Anführern gespalten, aber auch auf die Nachbarrepubliken ausgeweitet. In der westlichen Nachbarrepublik Inguschetien, früher ein Teil Tschetscheniens, regiert seit dem Herbst 2008 Präsident Janus-Bek Jewkurow. Der ehemalige Armee-General versucht einen „Konstruktiven Dialog“ zwischen Behörden und Zivilgesellschaft zu organisieren. Das wird einerseits von den Sicherheitsbehörden und den Untergrundkämpfern unterlaufen, vor allem ist aber die wirtschaftliche Lage mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zu schlecht, so dass viele junge Männer sich schon wegen ihrer Existenzsorgen dem Widerstand anschließen. Der vom Präsidenten angekündigte Kampf gegen die Korruption zeigt bisher keine Erfolge.

In der östlich von Tschetschenien gelegenen Vielvölker-Republik Dagestan regiert seit dem Februar 2010 Präsident Magomedsalam Magomedow. Auch

er hat den Dialog mit der Gesellschaft und den Kampf gegen Korruption und für den Rechtsstaat angekündigt. Dem Präsidenten ist es in einzelnen Fällen sogar schon gelungen, die Sicherheitskräfte zur Freilassung willkürlich Verhafteter zu veranlassen. Auch gibt es in Dagestan unabhängige Zeitungen und Sender, die man in Inguschetien und Tschetschenien vergeblich sucht. Die Politik wird aber von wenigen einflussreichen Familien bestimmt, und auch hier agieren die Sicherheitskräfte ohne Kontrolle durch die offizielle Regierung.

Während die militärischen Auseinandersetzungen und Anschläge in den Jahren 2007 bis 2010 tatsächlich zurückgingen, sind sie seitdem wieder angestiegen. Dabei gab es nicht nur Kämpfe und Anschläge in den drei Republiken, sondern auch Anschläge in anderen Teilen der Russischen Föderation. Die Anschläge im März 2010 auf die Moskauer Metro und im Januar 2011 auf den Flughafen Domodedowo in der Hauptstadt sind offenbar auch Teil dieses Konfliktes.

Sicherheitslage

Der „Krieg“ besteht vor allem aus einzelnen Aktionen, Anschlägen, Attentaten. Der Widerstand sucht sich dabei symbolträchtige Ziele, also hohe Vertreter der Sicherheitskräfte, Regierungsgebäude oder Ähnliches, um den eigenen Einfluss zu demonstrieren.

Ziele sind aber in allen drei Republiken auch Alkohol-Geschäfte, Bars, Saunas, Strände sowie einzelne Personen, zum Beispiel Frauen, die ihre Haare sehen lassen. Nach einer Serie gewaltsamer Angriffe auf Frauen auf den Straßen

Der Artikel beruht auf Informationen von:
Mirjam Grob: Nordkaukasus: Sicherheits- und Menschenrechtslage. Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien.
Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
am 12. September 2011, 21 Seiten,
www.fluechtlingshilfe.ch

Grosnys wurde Präsident Kadyrow in einem Fernsehinterview am 7. Juli 2010 gefragt, wer dahinter steckt. Seine öffentliche Antwort: „Ich weiß nicht, doch wenn ich die Urheber finde, werde ich ihnen meine Anerkennung ausdrücken.“

Menschenrechte

Die letzte Äußerung zeigt schon das wichtigste Problem: Menschenrechtsverletzungen werden „von oben“ gedeckt, wenn nicht angeordnet.

Generell besteht in allen nordkaukasischen Republiken das Problem, dass mehrere Sicherheitsdienste der Föderation und der Republik parallel agieren. Das sind auf russischer Seite die Armee, die Truppen des Innenministeriums, Spezialeinheiten (OMON), der Geheimdienst FSB und andere. Auf Replibene gibt es gleichfalls Armee, Polizei, Spezialeinheiten, Geheimdienst, zusätzlich die Privatarmee von Präsident Kadyrow, die rund 20.000 Bewaffnete zählt.

Ein beliebtes Repressions-Instrument ist das „Verschwindenlassen“, wobei es Entführungen in der Öffentlichkeit ebenso gibt wie eine Festnahme mit anschließender Auskunftsverweigerung. Es gibt aber auch geheime Entführungen, ein Verschwindenlassen ohne Spur. Nachfragen führen oft zu weiteren Repressionen.

Folter in Haft ist allgegenwärtig. Sie dient meistens dazu, Informationen zu bekommen oder Geständnisse zu erpressen. Sie dient auch der Einschüchterung und Abschreckung für die Betroffenen, aber auch für Familie und Bekanntenkreis.

Auch Hinrichtungen sind alltäglich. Tötungen im Gefängnis werden meistens vertuscht, Tötungen in der Öffentlichkeit werden als „Terror-Bekämpfung“ ausgegeben. Präsident Kadyrow hat auch mehrfach zur Tötung von Aufständischen durch Privatleute aufgerufen: Für einen getöteten „Aufständischen“ versprach er eine Belohnung von 100.000 Dollar, für einen gefangenen „Aufständischen“ 50.000 Dollar. So können Tötungen jeder Art durch Entscheidung der Verantwortlichen straffrei bleiben, wenn die Opfer unabhängig vom Hintergrund zu „Aufständischen“ erklärt werden.

Kollektivstrafen werden nicht nur verhängt, sondern auch öffentlich angedroht und verteidigt. So werden Häuser von Familien angeblicher Aufständischer niedergebrannt, das wird im Fernsehen gezeigt. Solche Vorhaben werden auch angedroht: Familien von Widerstandskämpfern werden aufgefordert, Sohn oder Bruder zur Aufgabe zu bewegen, ansonsten wird ihr Haus nach Verstreichen einer Frist niedergebrannt. Präsident Kadyrow hat wiederholt erklärt, wer Kinder in die Welt setze, sei für diese Kinder auch verantwortlich – wenn ein junger Mann sich dem Widerstand

anschließt, müssten die Eltern und andere Familienmitglieder mit Haus, Besitz und Leben dafür büßen.

Besonders gefährdet sind MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen und Zeuginnen, JournalistInnen, bekannte Oppositionelle, Angehörige von Kämpfern, die Repressalien von Sicherheitskräften der Regierung zu erleiden haben. Familienangehörige von Sicherheitskräften werden ebenso wie JournalistInnen auch zu Opfern von Aktionen der islamischen Kämpfer. Frauen, die gegen angebliche „religiöse Gebote“ verstoßen, werden zum Ziel beider Seiten, denn auch Kadyrow setzt sich angeblich für den „wahren Islam“ ein.

Rückkehrer

Wer als Flüchtling nach Tschetschenien zurückkehrt, sei es freiwillig oder per Abschiebung, wird in der Regel sofort verhaftet und ist immer von Folter bedroht. Auch eine baldige Freilassung schützt nicht davor, später erneut festgenommen zu werden.

Die gleiche Gefahr droht Angehörigen von Flüchtlingen, von denen bekannt ist, dass sie in den Westen geflohen sind und dort – möglicherweise – Vorwürfe gegen die Regierungen des Nordkaukasus verbreiten.



Email-Aktion von PRO ASYL für eine neue Bleiberechtsregelung

Das Thema Bleiberecht muss auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz am 8. und 9. Dezember in Frankfurt/Main. Fordern Sie die zuständigen Ministerien auf, sich für eine großzügige, humane und umfassende Bleiberechtsregelung einzusetzen.

www.proasyl.de/de/home/aktion-fuer-ein-neues-bleiberecht/

PRO ASYL fordert:

- **Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen.**
- **Auch alte, kranke und arme Menschen dürfen nicht ausgeschlossen werden.**
- **Die Innenminister müssen endlich zu einer humanen, großzügigen Lösung kommen.**